Stadt Dessau-Roßlau

21.02.2020

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 22.01.2020

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **20:27 Uhr**
Sitzungsort: **Ratssaal des Rathauses Dessau**

Teilnehmer/-innen: **siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Kuras begrüßt als Vorsitzender des Haupt- und Personalausschusses die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, bittet um die Aufnahme der Beschlussvorlage BV/338/2019/2019/II in den nichtöffentlichen Teil. Es handelt sich um die Abberufung der Geschäftsführung eines kommunalen Unternehmens.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

3 Genehmigung der Niederschriften vom 14.11.2019, 19.11.2019, 21.11.2019 und 26.11.2019

Die Niederschriften vom 14.11.2019, 19.11.2019, 21.11.2019 und 26.11.2019 werden einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

14.11.2019:	9/0/0
19.11.2019:	9/0/0
21.11.2019:	9/0/0
26.11.2019:	9/0/0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung bekannt:

- Unternehmensangelegenheiten
  Jahresabschluss 2018 der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH

- Unternehmensangelegenheiten
  Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2019 der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR)

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum vor.

6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen und / oder Wortmeldungen hervorgebracht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Adamek, Fraktion CDU, fragt, ob es neue Erkenntnisse zu dem Thema der Windkraftanlagen gibt oder ob dies bei der Regionalversammlung thematisiert wird. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Argumente bzw. die Meinungen der Bürgerinitiative und des Ortschaftsrates mit in die Stellungnahme eingeflossen sind.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert, dass seitens der Stadtverwaltung der Bau der neuen Windkraftanlagen aus den folgenden zwei Gründen abgelehnt wird: der UNESCO geschützte Teil des Schlosses Mosigkau und aufgrund des Natur- und Artenschutzes. In Mosigkau befinden sich nachweisbar die Brutstätten des Rotmilans. Diese Thematik kann selbstverständlich ausführlich bei der Regionalversammlung diskutiert werden.

Herr Meister, Vertreter der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt und Leiter des Bauordnungsamtes, berichtet, dass bei einer Offenlage jeder Bürger das Recht besitzt, Einwendungen hervorzubringen, die die entsprechende Genehmigungsbehörde zu beachten hat. Die Stadtverwaltung wurde als Träger öffentlicher Belange angefragt und wird dazu eine negative Stellungnahme abgeben.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet von dem Argument des Ortschaftsrates, welches die Nähe der Wohnbebauung ist. Nach dem Baugesetzbuch handelt es sich dort um eine Splittersiedlung. Splittersiedlungen haben nicht den gleichen Schutz, wie reguläre Wohnsiedlungen. Der Gesetzgeber sagt, wer in einem Außenbereich wohnt, der muss die Folgen auch ertragen. In diesem Fall sind Militäranlagen, Tieraufzuchtsanlagen und Windenergieanlagen im Außenbereich vorhanden. Herr Kuras merkt an, dass die Anlagen, die unmittelbar an der Kreisgrenze errichtet werden sollen, deutlich größer sind als die, die bereits vorhanden sind.

Herr Adamek erläutert zwei weitere Gründe, die gegen dieses Vorhaben sprechen. Der erste Grund ist das in unmittelbarer Nähe liegende Naturschutzgebiet mit schützenswerten Tieren. Diese Ansicht wird vom Landkreis Anhalt-Bitterfeld nicht vertreten, da sie die Tiere als nicht besonders schützenswert empfinden. Der zweite Grund ist, dass diese Anlagen keine Brandschutzeinrichtungen vorgesehen haben. Bei einem Brand haben die Feuerwehren keine Möglichkeit, den Brand zu löschen und das stellt eine erhebliche Gefahr für die Wohnsiedlung dar.

Daraufhin berichtet **Herr Oberbürgermeister Kuras** von einem Fall auf der A9.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, unterstützt die Meinung der Fraktion CDU. Des Weiteren möchte er, dass die Stadtverwaltung die Situation um die Splittersiedlung neu begutachten lässt, da die Wohnbebauung zugenommen hat und das Gewerbe rückgängig ist. Herr Mrosek empfindet die neuen Anlagen als überdimensional groß und weist darauf hin, dass eine große Gefahr für den Tierschutz besteht. Genauso sind

die Anlagen für die geplante Ortsumgehung kontraproduktiv. Zu dem möchte er wissen wer für die Anlagen haftet und wie der Ab- und Rückbau abgesichert ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert, dass bei der Erteilung der Baugenehmigung darauf geachtet wird, dass eine Grunddienstbarkeit für das Grundstück eingetragen wird um ein Pfand zu haben, wenn ein Rückbau erfolgt.
Mit dem Stadtplanungsamt wurde die Splittersiedlung vor Ort erneut begutachtet. Es besteht eine Schwierigkeit bei der Begründung, dass die Siedlung ein Teil der integrierten Ortsentwicklung sei.
Herr Kuras berichtet, dass die Ortsumgehung ebenso ein Argument seitens der Stadtverwaltung war. Nach einem Hinweis des Gerichts sind die Anlagen kein Hinderungsgrund, solange die Straßenplanung im weiteren Bedarf steht.
Des Weiteren informiert er, dass ein Kritikpunkt des European Energy Award die fehlende Aktivität an den neuen regenerativen Energien ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ist der Meinung, dass man die Bürger vor Ort mehr unterstützen sollte und ihnen in der Wohnsiedlung mehr Schutz bieten sollte.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, berichtet, dass die Verwaltung und die Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft gegen dieses Projekt waren. Aber man wurde dennoch überstimmt. Was daran liegt, dass das Angebot zur gemeinsamen Erarbeitung eines Bebauungsplanes seitens der Stadt abgelehnt wurde. Er empfindet nur noch eine Klage als zielführend.

Herr Adamek möchte den aktuellen Stand des Roßlauer Hafens erfahren.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, gibt an, dass die Arbeiten am Hafen weitestgehend in diesem Jahr beendet werden.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass die Spekulationen über die Bauverzögerung des Georgiums nicht der Wahrheit entsprechen. Die Fertigstellung soll im Jahr 2020 erfolgen.

Herr Schönemann, bedauert es, dass so einige Sachen in der Berichtserstattung anders dargestellt werden als sie in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport besprochen wurden. Im Ausschuss wurde gesagt, dass die Einjustierung der Klimaanlage zum Schutz der Kunst klare Parameter voraussetzt.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, weist darauf hin, dass die Eröffnung des Georgiums eine große Veranstaltung werden sollte, was einen weitreichenden Planungsvorlauf benötigt.

Herr Oberbürgermeister Kuras sichert eine große Eröffnung zu und informiert, dass die Kulturstiftung des Landes das Projekt leitet und koordiniert.

Des Weiteren erläutert **Herr Fackiner** den Prozess der Stadtmarke, wozu auch ein Dreiklang gehört. Dieser Dreiklang wurde im Vorfeld lange diskutiert und man hat sich für die bürgerliche Schreibweise von Luise entschieden. Aus dem Grund, dass das Luisium auch ohne „ou“ geschrieben wird und eine bürgerliche Luise mit Franz liiert war. Auf der aktuellen Imagebroschüre hat sich eine Änderung hervorgetan. Er möchte wissen, mit welchen Gremien dies abgesprochen war und welche strategische Überlegung sich dahinter verbirgt.

Herr Dr. Reck erläutert, dass diese Schreibweise eine Anlehnung an die Louise aus dem Dessau-Wörlitzer-Gartenreich ist. Über die Schreibweise wurde in keinem Gremium gesprochen.

Herr Schönemann spricht das beschlossene Handbuch an und bittet darum, dass dies als etwas Verbindliches anzusehen ist.
Herr Adamek, Fraktion CDU, weist auf ein häufiges Aufkommen von Jugendlichen im Stadtpark (Höhe Springbrunnen und Teehäuschen) hin, wodurch es zu verbalen Belästigungen und zu Verschmutzungen in diesem Areal kommt. Er fragt an, ob die Möglichkeit besteht, dass der Stadtordnungsdienst den Bereich intensiviert in Betracht ziehen kann.
Des Weiteren möchte er wissen, ob man auf der Bundesstraße Oranienbaumer Chaussee / Ecke Breitscheidstraße vermehrt Geschwindigkeitsmessungen durchführen kann bzw. ob die Polizei dort mehr Präsenz zeigen kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras weist darauf hin, dass die Stadt nicht der Straßenbaulastträger ist, sondern das Land Sachsen-Anhalt. Somit wäre die Polizei der korrekte Ansprechpartner.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, berichtet von der Analyse der Unfallzahlen. Es ist angedacht, einige stationäre Überwachungsanlage zu installieren, u.a. an der angefragten Stelle. Vor einem Jahr wurde ein Antrag an das Ministerium für Inneres und Sport gestellt für die Ortseinfahrt Roßlau. Das Landesverwaltungsamt hat diesen Antrag positiv bewertet und auf dem Dienstweg weitergeleitet. Bisher ist noch keine Antwort diesbezüglich vom Ministerium eingetroffen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, informiert über den geplanten Bau einer Deponie in Jüdenberg. Er sieht darin das Problem, dass eine Verschmutzung des Grund- bzw. Trinkwassers eintreten könnte. Herr Mrosek möchte, dass geprüft wird, inwieweit das Stadtgebiet davon betroffen sein könnte.
Des Weiteren berichtet er von einem Gespräch mit der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Es besteht die Möglichkeit über eine Verlegung der IC - Verbindung (Naumburg, Halle, Bitterfeld, Dessau und Berlin). Herr Mrosek bittet die Stadtverwaltung, sich für dieses Projekt einzusetzen, damit wir als Oberzentrum eine schnelle Zugverbindung nach Berlin vorweisen können.

Herr Oberbürgermeister Kuras erzählt von dem aktuellen Vorhaben mit der NASA. Es ist angedacht, den RE7 in einem halbstündigen Takt ab Dessau nach Berlin fahren zu lassen. Er nimmt aber dennoch die Anregung von Herrn Mrosek mit.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, spricht die Situation um die Schuttberge vom Abriss der Gartenlauben am Elberadweg an. Der Stadtrat hat im April 2019 einen Beschluss zur sofortigen Beräumung gefasst. Da dies bis dato nicht erfolgt ist, ist die Fraktion erschüttert, welche Bedeutung Ratsbeschlüsse besitzen. Er kritisiert die vergangene Arbeit von Herrn Stadtrat Schönemann.

Herr Oberbürgermeister Kuras weist darauf hin, dass in letzter Zeit erhebliche Mengen beseitigt wurden.

Herr Adamek, Fraktion CDU, berichtet, dass dies schon im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt thematisiert wurde. Er bitte die Ausschussmitglieder um mehr Sachlichkeit sowie die Überlegung solch eine personenbezogene Thematik in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtigt die Aussagen von Herrn Stadtrat Dreibrodt, dass ihm das Material nicht gehöre und er den Verband nur unterstützen wollte. Zu dem berichtet er von der fachlichen Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bittet in Zukunft um mehr Transparenz. Für ihn ist es fraglich wieso der Kleingartenverband die Fördermittelabrechnung gemacht hat. Seiner Meinung nach hätte die Stadtverwaltung als Fördermittelgeber, die Abrechnung erledigen müssen.

Herr Meister, Vertreter der Beigeordneten für Stadtentwicklung und Umwelt und Leiter des Bauordnungsamtes, erläutert, dass der Fördermittelempfänger der Stadtverband gewesen ist und dass das Förderprogramm nicht über die Stadt lief. Es existiert ein öffentlich rechtliches Verfahren und es wurde eine Terminverlängerung vereinbart. Am Ende des letzten Jahres sowie am Anfang dieses Jahres wurden Kontrollen vor Ort durchgeführt und er kann berichten, dass eine Reduzierung von 9.000 Kubiktonnen auf 2.000 Kubiktonnen vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt bekannt, dass nach einer Prüfung das Ergebnis vorliegt, dass sich keine Asbestreste unter dem Schutt verbergen.

Herr Dreibrodt möchte wissen, ob das Unternehmen Gebühren für die Lagerung an die Stadt bezahlt.

Herr Meister erläutert, dass es sich um keine Deponie handelt und somit keine Gebühren fällig werden. Im Rahmen des Rückbaus wurde Abfall erzeugt und Herr Schönemann hat sich bereiterklärt, diesen Schutt kostenfrei zu beseitigen. Eine abschließende Klärung, ob Herr Schönemann Eigentümer oder Besitzer des Abfalls ist,

liegt noch nicht vor. Aber aus seiner Leseart ist Herr Schönemann weder der Eigentümer noch Besitzer.

8 Beschlussfassungen

8.1 Redaktionsstatut für die Herausgabe des Amtsblattes der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/380/2019/I-OB

Herr Oberbürgermeister Kuras führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes, verliest die Stellungnahme der oberen Kommunalaufsichtsbehörde: „Die Nennung des Verfassers unter dem Artikel als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts reicht nicht aus. Er ist mit dem nach §7 Absatz 2 Pressegesetz geforderten Angaben im Impressum anzugeben. Ich weise darauf hin, dass als verantwortlicher Redakteur im Impressum des Amtsblattes Herr Sauer angegeben ist. Da diese Funktion nach dem Pressegesetz an eine bestimmte Person gebunden ist, hat der Oberbürgermeister hier keine eigene Prüfpflicht, sondern abschließend Herr Sauer. Aber soweit sie auf den zivilrechtlichen Teil abstellen, teile ich ihre Auffassung, dass der Oberbürgermeister diesbezüglich in der Pflicht bleibt.“ vor. Sie erläutert, dass die Prüfpflicht bei dem Oberbürgermeister verbleibt.

Nach einer Diskussion schlägt **Herr Oberbürgermeister Kuras** folgende Änderungen in der Anlage 4 – Redaktionsstatut vor:

1. „*gemeinsam mit dem Präsidium des Stadtrates“* soll gestrichen werden.
2. „Lediglich in Zweifelsfällen trifft der Oberbürgermeister eine Entscheidung über die Veröffentlichung.“
3. Unter dem letzten Absatz soll der Satz: *„Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes ist seitens der Fraktion der jeweilige zu benennende Autor.“* hinzugefügt werden.

Die Änderungen wurden zur Abstimmung gegeben und sind einstimmig genehmigt wurden. Nach der Aufnahme der Änderungen in die Vorlage wird die Beschlussvorlage in geänderter Form zur Abstimmung gestellt.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> 6/2/1

Nach dem Tagesordnungsordnungspunkt verlässt **Herr Mrosek, Fraktion AfD,** die Sitzung (8).

8.2 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/446/2019/I-OB

Herr Kellner, Fraktion CDU, möchte wissen, ob bei der Anlage 3 die Spenden nur sachgebunden für Brambach waren.

Herr Rumpf, Fraktion CDU, erläutert, dass die Liste für die Ortschaft Brambach erstellt wurde und die letzten zwei Spenden auf der Anlagen hinzugefügt wurden, aber nicht zur Ortschaft Brambach gehören.

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

8.3 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/455/2019/I-OB

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

8.4 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen von EUR 1.000,00 bis 50.000,00 für den Zeitraum 01.12.2019 bis 31.01.2020
Vorlage: BV/386/2019/II-EB

Beschluss:

Der Annahme der gemäß Anlage 2 dargestellten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen für den Eigenbetrieb Stadtpflege der Stadt Dessau-Roßlau, für die Restauration des Bruchsteinmauerwerkes am westlichen Zugang zum Kolumbarium auf dem Friedhof I in Höhe von EUR 4.000,00 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

8.5 Annahme von Sponsorleistungen für das Wirtschaftsforum 2019 sowie für die Vergabe des Gründerpreises der Stadt Dessau-Roßlau 2019
Vorlage: BV/457/2019/I-OB

Beschluss:

Der Annahme der Sponsorenleistungen für die Durchführung des Wirtschaftsforums und für die Vergabe des Gründerpreises der Stadt Dessau-Roßlau 2019 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8/0/0

8.6 Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richter beim Sozialgericht Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/464/2019/II-30

Herr Oberbürgermeister Kuras führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Vor der Abstimmung des Tagesordnungspunktes erscheint **Herr Mrosek, Fraktion AfD,** zur Sitzung (9).

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

8.7 Berufung der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau für die Dauer der Wahlperiode des Stadtrates
Vorlage: BV/453/2019/V

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

8.8 Berufung der stimmberechtigten Mitglieder des Seniorenbeirates gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/458/2019/V

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

8.9 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: BV/368/2019/II-30

Herr Oberbürgermeister Kuras führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Die Änderungsanträge zur Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse, die in der Sitzung des Stadtrates am 04.12.2019 gestellt wurden, werden erneut einzeln abgestimmt. Die Zusammenstellung und die Abstimmungsergebnisse der Änderungsanträge sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bringt noch weitere Änderungsvorschläge hervor, welche aber im Stadtrat diskutiert und abgestimmt werden sollen.
Die Änderungen betreffen den § 4. Da die Sitzplätze im Ratssaal begrenzt sind, sollten Filmaufnahmen grundsätzlich erlaubt werden. Diese sollen dann in der Mediathek des Offenen Kanals oder im Bürgerinfoportal ersichtlich sein. Des Weiteren sollte der Absatz 3 Satz 4 Punkt 3 dahingehend geändert werden, dass Redebeiträge im öffentlichen Teil grundsätzlich aufgezeichnet und übertragen werden dürfen.

Nach der einzelnen Abstimmung aller Änderungsanträge wird die Beschlussvorlage in geänderter Form zur Abstimmung gegeben.

Abstimmungsergebnis: 6/1/2

8.10 Entschädigungssatzung
Vorlage: BV/466/2019/II-30

Herr Oberbürgermeister Kuras führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Die **Freie Fraktion Dessau-Roßlau** äußert ihr Unverständnis gegenüber der neuen Verordnung und lehnt die Beschlussvorlage ab.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, möchte erfahren, wieso die Stadträte erst jetzt mit dieser Thematik konfrontiert werden, obwohl die Verordnung vom 29.05.2019 ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert, dass in der Zwischenzeit Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt und dem Ministerium für Inneres und Sport geführt wurden.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläutert, dass die Verwaltung an die Einhaltung von Recht und Gesetz gebunden ist und dass die Zahlungen nur anhand der Verordnung getätigt werden können. Des Weiteren erklärt sie, dass, wenn der Stadtrat die Beschlussvorlage nicht beschließt oder die alte Entschädigungssatzung in Kraft treten lässt, keine Veränderungen geschehen. Es muss gegen die neue Verordnung vorgegangen werden und dies kann nur auf dem politischen Weg, mithilfe eines Schreibens an das Ministerium für Inneres und Sport geschehen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, möchte wissen wie der Stadtrat vorgehen kann um eine Heilung zu erzeugen.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet von Gesprächen mit dem Innenminister.

Frau Nußbeck teilt mit, dass die Verwaltung ein Schreiben für den Stadtrat vorbereiten kann.

Herr Dreibrodt fragt an, wieso die doppelte Aufwandsentschädigung für den Ortsbürgermeister von Rodleben aus der neuen Entschädigungssatzung entfernt wurde.

Frau Beck, Amtsleiterin des Rechtsamtes, erläutert, dass in der alten Entschädigungsverordnung drin stand, dass der Leiter einer örtlichen Verwaltung die doppelte Aufwandsentschädigung eines Ortsbürgermeisters bekommt. Nach dem Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt gibt es keine örtlichen Verwaltungen mehr. Die Angestellten, die in Rodleben tätig sind, sind Angestellte der Stadt Dessau-Roßlau und somit liegt keine örtliche Verwaltung vor, sondern eine Außenstelle der Stadtverwaltung. Deshalb wurde der Satz aus der neuen Entschädigungssatzung gestrichen.

Nach einer Diskussion wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 1/6/2

8.11 Änderung des Arbeitspreises für Trinkwasser im Preisblatt der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA)
Vorlage: BV/454/2019/III-66

Herr Oberbürgermeister Kuras führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, möchte wissen, ob man mit weiteren Preissteigerungen rechnen muss.

Herr Oberbürgermeister Kuras kann dieses noch nicht vorhersagen.

Abstimmungsergebnis: 8/1/0

8.12 2. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/422/2019/V-40

Nach dem Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt und eine Pause von 10 Minuten durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: 9/0/0

13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 20:27 Uhr.

Dessau-Roßlau, 21.02.2020

gez. Oberbürgermeister Peter Kuras	gez. J. Fuchs
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss	Schriftführer